



Hätten bei Feuer keine Chance auf Rettung: Masthühner im Emsland Foto: dpa

Unruhe im Hühnerland

AGRARFABRIKEN Im Emsland kommen derzeit reihenweise Genehmigungsverfahren für Tiermastbetriebe zum Erliegen. Nachdem einige Dörfer sich juristisch wehren, steht die gesamte bisherige Genehmigungspraxis in Frage

VON BENNO SCHIRRMAYER

Offiziell gibt es keine Maststall-Krise im Landkreis Emsland, und auch kein Genehmigungsmoratorium. Folgerichtig kann das Treffen, das Landrat Hermann Bröring (CDU) mit den zuständigen Abteilungsleitern der Kreisverwaltung anberaumt hat, auch nicht Krisentreffen heißen. „Es gibt kein Krisentreffen“, sagt der Kreissprecher.

Gut, nennen wir's also Statusgespräch, auch wenn das eher nach unbeholfener PR einer Regionalverwaltung klingt, die abwiegelt – vielleicht, weil eine Maststall-Krise leicht nach Krise des Emslandes klingt: Nirgends in Deutschland ist die Konzentration an Geflügelmastplätzen ähnlich hoch, fast 33 Millionen sind genehmigt, rund 250 Millionen Stück Schlachtvieh produzieren sie pro Jahr. Eine gewaltige Lobby – da scheut man die Konfrontation, auch wenn's die BürgerInnen freuen würde. Und sogar die ewigen Kritiker milde stimmt: „Ich begrüße, dass sich der Landkreis jetzt offenbar um eine gewissenhafte Prüfung der

Anträge bemüht“, sagt Eckehard Niemann von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (ABL).

Denn dass sich etwas tut in der Frage, lässt sich an den amtlichen Bekanntmachungen in den Heimatzeitungen ablesen. Bislang hieß es: Antrag gestellt – Antrag genehmigt. Aber jetzt plötzlich kommt es zu Absagen: Der Erörterungstermin in Dersum, wegen des 2.700-Schweine-Stalls? Auf unbestimmt verschoben. Der Erörterungstermin in Wipplingen, wegen der 42.000-Masthühner-Anlage? Storniert. Zuvor war der Antrag für 84.000 Hähnchen-Plätze in Bockhorst an den Urheber zurückgegeben worden (taz berichtete), und die Pläne für die Surwolder Geflügel-Fabrik wurden auf Eis gelegt. Dort sollten 300.000 Tiere gemästet werden.

Eine Anlage für 300.000 Tiere – knapp 100 auf jeden Einwohner wären das gewesen. „Wir haben Riesenglück gehabt, dass bei uns jemand großwahnsinnig geworden ist“, sagt Hermann-Josef Schomakers, Sprecher der Bürgerinitiative Nordhümmling, die

beide Fabriken – in Bockhorst und in Surwold – vorerst gestoppt hat. „Wenn da nur ein normaler Stall mit 40.000 Plätzen hin gesollt hätte“, sagt Schomakers, „dann hätten wir das hingenommen“. Man sei ja nicht gegen die Landwirtschaft.

Aber „ein Jungeselle aus dem Ort“ wollte 16 Ställe bauen. Als Strohmännchen für einen niederländischen Investor. Das erleichtert die Gegenwehr. Man hat sich zusammengeschlossen mit denen aus Bockhorst, hat Expertise gesucht. Dem im Januar gegründeten Bündnis gegen Agrarfabriken gehören neben der ABL und dem Deutschen Tierschutzbund mittlerweile Naturschutzverbände, kirchliche Gruppen und mehr als 100 Bürgerinitiativen an. Und dann kamen die Erörterungstermine. Etwa der in Bockhorst. „Was da unser Anwalt gemacht hat, das war schon genial“, sagt Schomakers. Seither stehen erhebliche rechtliche Bedenken im Raum: Ob derartige Anlagen überhaupt nach geltendem Recht genehmigungsfähig sind.

Peter Kremer heißt der Berliner Verwaltungsrechtler, und er